



Sechs Fragen an Katrin Kunert

Im Wortlaut von Katrin Kunert, 02. November 2009

41 der 76 Abgeordneten, die DIE LINKE im 17. Bundestag stellt, üben ihr Mandat bereits seit 2005 oder länger aus. Woran können sie anknüpfen? Wie wollen sie ihre Arbeit fortsetzen? Was wollen sie anders machen? linksfraktion.de fragt nach.

Katrin Kunert, 45, Diplom-Ingenieurin aus Sachsen-Anhalt

Welche Erfahrung, welches Ergebnis oder Ereignis hat Sie in den zurückliegenden vier Jahren besonders darin bestärkt, dass sich ihre Arbeit lohnt?

Als ich durch Befragung der Bundesregierung aufdecken konnte, dass die Abwrackprämie ALG II-Beziehenden angerechnet wird, haben sich viele Bürgerinnen und Bürger aus dem gesamten Bundesgebiet bei mir gemeldet und um Rat gebeten. Trotz eines entsprechenden Änderungsantrages der LINKEN konnte die Situation für die Betroffenen nicht geändert werden. Wir haben uns gekümmert und dafür wurden wir gewählt.

Neue Wahlperiode, alte Kanzlerin: Mit welchen Erwartungen gehen Sie als Abgeordnete in die kommenden vier Jahre?

Schwarz-Gelb hat alle Befürchtungen bestätigt: Es wird kälter in Deutschland. Mieterrechte sollen beschnitten, eine PKW- Maut soll eingeführt werden, die neue Regierung wird den Menschen noch mehr in die Tasche greifen. Deshalb wird es mehr denn je auf uns ankommen.

Was wollen Sie im Bundestag anders oder besser machen als bisher?

Als direkt gewählte Abgeordnete werde ich stärker als bisher meine Arbeit und die der Fraktion transparent machen. Viele meiner Initiativen bzw. die der Fraktion sind den Menschen nicht bekannt, obwohl wir immer an den richtigen Themen mit entsprechenden Aktivitäten dran waren.

DIE LINKE ist jetzt mit 76 Abgeordneten im Bundestag vertreten - 23 mehr als bislang. Was wird sich in der neuen Fraktion und für Sie als eines ihrer Mitglieder verändern?

Ich bin nicht mehr allein im Sportausschuss. Die Arbeit kann insgesamt auf mehrere Schultern verteilt werden - eigentlich können wir nur noch besser werden.

Warum ist Opposition nicht Mist?

Weil wir aus der Opposition heraus die Bundesregierung in den vergangenen vier Jahren vor uns hertreiben konnten. Themen wie der Mindestlohn, die Pendlerpauschale, die ALG-II-Sätze oder die Verlängerung des ALG I sind durch uns - DIE LINKE - erst auf die Tagesordnung des Bundestages

gelangt.

Wie können Sie als Abgeordnete dazu beitragen, dass die Bürgerinnen und Bürger selbst noch mehr für ihre Interessen streiten?

Als Kommunalpolitikerin setze ich auf aktive BürgerInnenbeteiligung, die natürlich in einer Kommune leichter zu praktizieren ist als auf Bundesebene. Aber als Abgeordnete kann ich die BürgerInnen auch in meine Arbeit einbeziehen. BürgerInnensprechstunden, Besuche und Gespräche in Vereinen, Initiativen, Betrieben, Gewerkschaften sind im Wahlkreis das A und O.